**D-1NEU**

# Dringlichkeitsantrag

**Landesdelegiertenversammlung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Rheinland-Pfalz, am 17. Dezember 2022**

**Initiator*innen:** Katharina Binz (KV Mainz), Misbah Khan (KV Bad Dürkheim), Dr. Tobias Lindner (KV Germersheim), Pia Schellhammer (KV Mainz-Bingen), Josef Winkler (KV Rhein-Lahn), Katrin Eder (KV Mainz), Christian Viering (KV Mainz), David Profit (KV Alzey-Worms), Paul Bunjes (KV Kaiserslautern), Natalie Cramme-Hill (KV Trier), Birgit Meyreis (KV Mayen-Koblenz), Musgana Tesfamariam (KV Mainz), Fabian Ehmann (KV Mainz), Carl-Bernhard von Heusinger (KV Koblenz), Elias Weinacht (KV Rhein-Pfalz), Felix Schmidt (KV Zweibrücken), Lea Siegfried (KV Kaiserslautern), Melani Pelaez Jara (KV Mainz-Bingen), Lukas Hartmann (KV Landau), Laura Martín Martorell (KV Koblenz), Astrid Becker (KV Mainz), Johannes Kobiela (KV Mainz)

**Titel:** **Fachkräftemangel begegnen - eine aktive Zuwanderungspolitik für Deutschland**

## Antragstext

Jede*r merkt es: Ob in Arztpraxen, Kindertagesstätten, der Gastronomie, im Handwerk, im ÖPNV, in der Industrie – eigentlich überall: Deutschland und Rheinland-Pfalz gehen die Arbeitskräfte aus. Und das, obwohl der Renteneintritt der Baby-Boomer-Generation gerade erst beginnt. Neben vielen anderen Maßnahmen brauchen wir eine zeitgemäße und vorausschauende Zuwanderungspolitik, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Bis 2030 könnten uns bis zu fünf Millionen Fach- und Arbeitskräfte fehlen. Nach allen wissenschaftlichen Erkenntnissen brauchen wir eine Nettozuwanderung von etwa 400.000 Menschen pro Jahr. Ohne diese

Menschen können wir unseren Bedarf an Arbeitskräften nicht decken und unseren Wirtschaftsstandort und unsere Daseinsvorsorge nicht aufrechterhalten. Schon jetzt führt der Mangel an Fach- und Arbeitskräften auf das Jahr gerechnet zu einem Verlust von mehr als 80 Milliarden Euro an Wirtschaftsleistung.

Mit dem geplanten neuen Einwanderungsrecht erkennt die Bundesregierung endlich an: Deutschland ist ein Einwanderungsland und handelt jetzt auch entsprechend. Wenn wir weiterhin wirtschaftlich erfolgreich bleiben wollen, müssen wir uns im internationalen Wettbewerb um schlaue Köpfe und fleißige Hände erfolgreich bewähren. Deshalb muss Deutschland, muss Rheinland-Pfalz als Einwanderungsland attraktiver werden. Wir müssen nicht nur bessere Arbeitsbedingungen bieten, sondern auch das Lebensumfeld so gestalten, dass sich zugewanderte Menschen wohlfühlen und bleiben möchten. Hier hat Rheinland-Pfalz mit seiner offenen Lebensart, der Geselligkeit und Weltoffenheit einen klaren Standortvorteil, den wir bewahren und ausbauen werden. Aber auch unsere offene Gesellschaft ist kein Selbstläufer: Anerkennung von Vielfalt, Integration und Willkommenskultur brauchen unser dauerhaftes Engagement.

Außerdem vollzieht die Ampel im Bund endlich einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik: Menschen, die seit fünf Jahren geduldet oder gestattet in Deutschland leben, erhalten für zunächst 18 Monate das Chancen-Aufenthaltsrecht. Während dieser Zeit soll ihnen Gelegenheit gegeben werden, die übrigen Voraussetzungen für ein Bleiberecht zu erfüllen. Diese Menschen, die über die lange Aufenthaltszeit ihr Lebensumfeld in Deutschland gefunden haben, erhalten damit eine dauerhafte Bleibeperspektive. Mit den geplanten Anpassungen des Staatsbürgerschaftsrechts geht die Bundesregierung noch einen Schritt weiter und öffnet vielen Menschen, die sich um unser Land verdient machen, den Weg in die deutsche Staatsbürgerschaft. Damit setzen wir das Signal: Wir wollen euch als Teil unserer Gesellschaft.

Zeitgleich leisten wir uns jedoch immer noch ein System, indem Abschiebungen von nicht straffällig gewordenen Menschen an der Tagesordnung sind und knappe Kapazitäten bei Ausländer- und Sicherheitsbehörden binden. Auch hier müssen wir ansetzen. Der Grundsatz muss lauten: Arbeit statt Abschiebung, Ausbildung statt Abschiebung!

Wir brauchen jede helfende Hand und müssen die Menschen, die heute bereits hier sind, integrieren und qualifizieren, damit sie in Deutschland und Rheinland-Pfalz arbeiten können. Parallel müssen wir legale Zugangswege der Arbeits- und Bildungsmigration niedrigschwellige, effektiver und verständlicher gestalten und damit eine moderne Einwanderungspolitik vorlegen, die das Einwanderungsland Deutschland attraktiv macht und in die Zukunft führt.

Wir stellen uns deshalb klar gegen alle populistischen, gestrigen und

diffamierenden Äußerungen aus den Reihen der Union. Sie diffamieren den aktuellen und den historischen Beitrag von Migrant*innen für die wirtschaftliche Entwicklung unseres Landes, sie gefährden den Erhalt unserer Standortvorteile und schaden letztlich dem Wirtschaftsstandort Deutschland und Rheinland-Pfalz. Migration ist eine Konstante der Menschheitsgeschichte. Migration macht jede Gesellschaft anpassungsfähig. Wir wollen unsere Migrationspolitik vorausschauend und realistisch gestalten und unser Land für die Zukunft vorbereiten. Dafür braucht es ein positives Umfeld, sachliche Debatten und eine solidarische Willkommenskultur, statt zukunftsfeindliche Debatten von Vorvorgestern.

**Deshalb fordern wir:**

**Weg von Abschiebung - hin zum Aufenthaltsmanagement**

- Deutschland muss den Menschen, die lange bei uns leben, eine dauerhafte Bleibeperspektive bieten. Für einen Wechsel in einen Arbeitsaufenthalt sollen künftig auch die einjährigen Helfer*innenausbildungen berücksichtigt werden. Die Menschen, die bei uns leben und sich in unserer Gesellschaft einbringen, müssen wir wertschätzen. Wir müssen den Spurwechsel zulassen. Deshalb muss Schluss sein mit Abschiebungen aus der Duldung, wenn die Menschen eine Arbeit ausüben und sofern keine schweren Straftaten begangen wurden.

- Wir müssen den Eintritt in ein aktives Aufenthaltsmanagement gestalten. Dies kann beispielsweise durch einen engeren Austausch zwischen Ausländerbehörden und Jobcentern zur gemeinsamen Vermittlung von arbeitssuchenden Migrant*innen gelingen.

**Wir müssen die Arbeitskräfte von Morgen anwerben, Standortnachteile wie Sprachbarrieren aktiv angehen**

- Arbeitskräftezuwanderung muss weiter gedacht werden als die Zuwanderung von bereits gut ausgebildeten Fachkräften. Bei tausenden offenen Ausbildungsplätzen alleine in Rheinland-Pfalz müssen wir neue Wege gehen, um potentielle Auszubildende aus dem Ausland mit Unternehmen und Betrieben in Rheinland-Pfalz zusammen zu bringen. Hier ist ein aktives Azubi-Anwerber*innenmanagement notwendig, mit dem bestehende Hürden überwunden werden.

- Denkbar wäre beispielsweise der Aufbau eines Azubi-Vorbereitungs-Jahres für ausländische Interessent*innen in Rheinland-Pfalz, die Einführung von englischsprachigen oder bilingualen Ausbildungslehrgängen, intensive allgemeine und berufsbezogene Sprachförderung oder eine Reduzierung der Auflagen für die Einreise zur Ausbildungssuche. Hierzu werden wir das

Gespräch mit den Verbänden suchen.

- GRÜNE Einwanderungspolitik orientiert sich an den Aspekten der globalen Nachhaltigkeit. So braucht es etwa klare Regeln, um eine Abwanderung von branchenspezifischen Fachkräften aus Herkunftsländern zu vermeiden; denn diese Länder sind ihrerseits mit einem von der UN bestätigten „kritischen Mangel“ in bestimmten Branchen konfrontiert. Darüber hinaus unterstützen wir die Ansätze der fairen Arbeitsmigration, in dem Schulungs- und Ausbildungsmöglichkeiten in Herkunftsländern aufgebaut werden, von denen die Migrationsinteressierten, die Herkunftsländer und Deutschland profitieren können,

**Kommen um zu bleiben: Wir wollen ein einladendes Umfeld schaffen**

- Wir wollen, dass Menschen gerne zu uns kommen und sich bei uns wohlfühlen, damit sie auch bleiben und unsere Wirtschaft und Gesellschaft bereichern können. Mit unserer offenen Gesellschaft und herzlichen Lebensart wird Rheinland-Pfalz bereits heute schnell zu einer neuen Heimat für Migrant*innen. Deshalb müssen wir unnötige Hürden für die Einwanderung aus dem Weg räumen und die Verfahren so weit wie möglich digitalisieren und beschleunigen. Die Gültigkeitsdauer von Aufenthaltserlaubnissen und Visa wollen wir verlängern.

- Einwanderungspolitik muss familienfreundlich und transparent sein. Hierzu gehört, dass Zuwanderer*innen mit ihren Familien nach Deutschland kommen dürfen. Alle Beteiligten – von den Arbeitskräften selbst über die Arbeitgeber*innen bis hin zu Verwaltungen in unseren Kommunen – müssen gut beraten und unterstützt werden. Hierfür braucht es flächendeckend professionelle Migrationsberatung auch für Erwerbstätige und ihre Familien, sowohl vor der Einreise als auch beim Ankommen in Deutschland.

- Neben den vielen gesellschaftlichen Gruppen und Ehrenamtlichen, die sich jetzt schon für die Integration von geflüchteten und eingewanderten Menschen engagieren, streben wir einen Schulterschluss auch mit denen an, die auf die Zuwanderung so dringend angewiesen sind: unsere Unternehmer*innen in Rheinland-Pfalz. Denn der Arbeitsplatz ist ein wichtiges Umfeld, in dem sich Migrantinnen und Migranten ohne Wenn und Aber sicher und willkommen fühlen müssen.

## Begründung

Die Dringlichkeit begründet sich aus folgenden Gründen:

- Die Vorlage des Eckpunktepapiers der Bundesregierung zum neuen Staatsbürgerschaftsrecht und die anschließende politische Debatte sowohl im Bund als auch im Land war nach dem Antragsschluss (1.12 ff)

- Die Verabschiedung des Chancenaufenthaltsrecht im Bundesrat war nach Antragsschluss (16.12)